

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vor-
sorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

27. Juni 2018

Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung dankt Ihnen der Regierungsrat und nimmt diese gerne im Folgenden wahr.

Der Regierungsrat begrüsst die Anpassung des Stichtags für die Berechnung des Bundesanteils in Prozent bei der Finanzierung der jährlichen Ergänzungsleistungen und der massgebenden Fälle für die Verwaltungskosten. Die Verschiebung des Stichtags für die Berechnung vom Dezember des Vorjahrs zum Mai des laufenden Jahrs ist angebracht.

Damit basieren die Berechnungen des Bundesanteils nicht mehr auf der Hauptauszahlung für den Dezember des Vorjahrs, sondern auf dem Monat Mai des laufenden Jahrs. Künftig können Veränderungen in den Auszahlungen des Bundes durch kantonale Gesetzes- oder Verordnungsänderungen im Heimbereich bereits im Leistungsjahr abgebildet werden. So werden allfällige Verzerrungen verhindert.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Alex Hürzeler
Landammann



Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- sekretariat.abel@bsv.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 24
Telefax +41 71 788 93 39
michaela.inauen@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge
und EL, Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Appenzell, 5. Juli 2018

Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung Bundesanteil) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

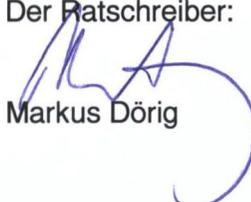
Mit Schreiben vom 28. März 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung Bundesanteil) zukommen lassen.

Die Standeskommission unterstützt die Revisionsvorlage grundsätzlich. Es erscheint uns korrekt, dass die EL-Anteilsberechnungen des Bundesamts für Sozialversicherungen künftig auf der Grundlage aktueller Daten und nicht mehr aufgrund von Daten des Vorjahrs vorgenommen werden sollen. Sollte diese Vorlage jedoch zu Mehrkosten für die durch die Ergänzungsleistungen bereits stark belasteten Kantone führen, müssten korrigierende Massnahmen ergriffen werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- sekretariat.abel@bsv.admin.ch
- Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierungsrat, 9102 Herisau

Bundesamt für Sozialversicherungen
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 22. Juni 2018

Eidg. Vernehmlassung; Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. März 2018 hat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) die Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV; SR 831.301) eröffnet.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat begrüsst, dass für die Berechnung des Bundesanteils an den Ergänzungsleistungen und Verwaltungskosten neu auf die aktuellen Daten des laufenden Jahres abgestellt werden soll. Er ist mit dem Revisionsentwurf einverstanden.

Kontaktperson für Rückfragen ist Angela Koller, stv. Departementssekretärin Gesundheit und Soziales, Kasernenstrasse 17, 9102 Herisau, angela.koller@ar.ch, 071 353 64 57.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates



Roger Nobs, Ratschreiber

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Eidgenössisches Departement des
Innern EDI
Herr Bundesrat Alain Berset
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per E-Mail an:
sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

13. Juni 2018

RRB-Nr.: 677/2018
Direktion Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Unser Zeichen 11.36-18.19/HAEWOG
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV). Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten.

Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. März 2018 hat uns das Eidgenössische Departement des Innern EDI die Vernehmlassung zur «Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV). Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten» zur Stellungnahme unterbreitet.

Der Regierungsrat teilt Ihnen gerne mit, dass er mit der oben genannten Verordnungsänderung einverstanden ist.

Freundliche Grüsse

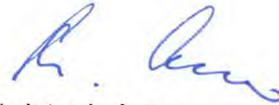
Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Christoph Neuhaus

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Finanzdirektion
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Volkswirtschaftsdirektion

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und
EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Liestal, 19. Juni 2018
fm

Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen (ELV); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 28. März 2018 zum oben erwähnten Geschäft und nehmen dazu gerne Stellung.

Die Lösung mit dem Bezugsmonat "Mai des Leistungsjahres" anstelle des "Dezember des Vorjahres" erscheint uns sinnvoll. Die Verwendung der Zahlen des gleichen Leistungsjahres und die daraus resultierende Reduktion der Verzerrung sind zu begrüßen.

Für die Möglichkeit zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren bedanken wir uns.

Hochachtungsvoll



Dr. Sabine Pegoraro
Regierungspräsidentin



Nic Kaufmann
2. Landschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per Mail sekretariat.iv@bsv.admin.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen

(Versand in Formaten PDF und Word)

Basel, 30. Mai 2018

Regierungsratsbeschluss vom 29. Mai 2018

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV); Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. März 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderung der ELV soll im Wesentlichen der Stichtag für die Berechnung des Bundesanteils in Prozent an den jährlichen Ergänzungsleistungen und für die massgebende Anzahl der Fälle für die Festsetzung der Verwaltungskosten von der Hauptauszahlung für den Dezember des Vorjahres auf den Monat Mai des laufenden Jahres verschoben werden. Damit kann zukünftig verhindert werden, dass es zu Verzerrungen bei der Ermittlung der Bundesanteile kommt, wenn sich im Leistungsjahr gegenüber dem Vorjahr aufgrund von kantonalen Gesetzesänderungen insbesondere die Heimkosten verändert haben. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt stimmt der vorgeschlagenen Änderung der ELV deshalb zu.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme. Für Rückfragen steht Ihnen Dr. Antonios Haniotis, Leiter Amt für Sozialbeiträge, antonios.haniotis@bs.ch, Tel. 061 267 86 39, gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Office fédéral des assurances sociales
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Fribourg, le 26 juin 2018

Ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (OPC-AVS/AI) : procédure de consultation

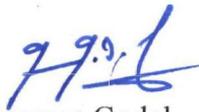
Madame, Monsieur,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons au courrier du 28 mars 2018 de Monsieur le Conseiller fédéral Alain Berset.

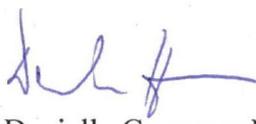
Nous avons pris bonne note du projet et vous remercions de nous avoir consultés. Le Conseil d'Etat salue le projet et peut le soutenir. Il peut se rallier aux modifications proposées.

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :


Georges Godel
Président




Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



CHA - SACE
Case postale 3964
1211 Genève 3

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance
professionnelle et PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne

N° du courrier : 2901-2018

Genève, le 27 juin 2018

Concerne : modification de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (fixation de la part fédérale en pour-cent et du nombre de cas déterminant pour les frais administratifs – ouverture de la procédure de consultation

Madame, Monsieur,

La Chancellerie d'Etat nous prie de vous transmettre, sous ce pli, une copie du courrier adressé ce jour, à Monsieur Alain Berset, conseiller fédéral, relatif à l'objet mentionné sous rubrique.

Veillez agréer, Madame, Monsieur, l'assurance de notre considération distinguée.

Service administratif
du Conseil d'Etat

Annexe mentionnée



Genève, le 27 juin 2018

Le Conseil d'Etat

2901-2018

Département fédéral de l'intérieur
Monsieur Alain Berset
Président de la Confédération
Secrétariat général SG-DFI
Inselgasse 1
3003 Berne

Concerne : modification de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (fixation de la part fédérale en pour-cent et du nombre de cas déterminant pour les frais administratifs – ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Président de la Confédération,

Votre courrier du 28 mars 2018 adressé à l'ensemble des gouvernements cantonaux, concernant l'objet cité sous rubrique, nous est bien parvenu et nous vous en remercions.

Après un examen approfondi du projet soumis à consultation et du rapport explicatif qui l'accompagne, nous vous informons que le canton de Genève soutient la modification technique proposée s'agissant du mode de calcul de la contribution fédérale au financement des prestations complémentaires fédérales.

En effet, l'approche retenue, qui vise à effectuer le calcul des montants dus par la Confédération en se référant à un mois de l'année en cours et non en se basant sur le mois de décembre de l'année précédente, permettra d'éviter les distorsions actuellement constatées en cas de changements apportés par les cantons à leur législation.

Sur la base des éléments communiqués dans le rapport explicatif transmis, le canton de Genève demeurera attentif à ce que la modification proposée n'ait pas d'impact négatif sur le niveau de la contribution de la Confédération.

Toutefois, et à notre sens, l'enjeu essentiel ne se situe pas au niveau du mode de calcul de la contribution de la Confédération, mais à celui de la répartition des charges entre les cantons et la Confédération en matière de prestations complémentaires fédérales. En effet, il ressort des données de l'Office fédéral de la statistique que la participation de la Confédération ne couvre que 30% du total des dépenses en matière de prestations complémentaires fédérales. De plus, dans les années à venir, les charges des cantons, qui financent seuls les frais liés aux séjours en institution et remboursent les frais de maladie et d'invalidité, vont augmenter plus rapidement que ceux de la Confédération en lien avec le vieillissement de la population. Cette évolution va contribuer à accentuer encore plus le déséquilibre constaté dans la répartition des charges.

De plus, l'inégalité entre les cantons et la Confédération en matière d'impact financier face au vieillissement de la population ne se manifesterait pas uniquement dans le domaine des prestations complémentaires, mais également au niveau du financement des coûts de la santé et des soins de longue durée. Cet état de fait se trouve rappelé dans plusieurs rapports (Etat des lieux et perspectives dans les secteurs des soins de longue durée, Rapport du Conseil fédéral du 25 mai 2016; Perspectives à long terme des finances publiques 2016, Département fédéral des finances – DFF; Rapport explicatif sur la réforme des PC, du 25 novembre 2015) produits par les autorités fédérales elles-mêmes.

Notre canton a déjà eu l'occasion d'attirer l'attention de la Confédération sur cette situation, en suggérant notamment d'étudier la possibilité de la mise en œuvre d'une assurance dépendance afin d'anticiper la forte augmentation des coûts dans le domaine des soins de longue durée ou encore de revoir la clé de répartition des coûts des prestations complémentaires.

Les enjeux financiers du vieillissement de la population se chiffrent en milliards de francs suisses. A l'heure actuelle, s'agissant notamment de l'évolution des taux d'endettement, il apparaît que les cantons seront les plus impactés par ces évolutions, alors que la Confédération sera quasiment épargnée (rapport du DFF précité, p. 47). Cette situation n'est pas acceptable en l'état. Aussi, des mesures fortes et coordonnées doivent être discutées rapidement entre la Confédération et les cantons afin d'anticiper les évolutions à venir et de réduire au maximum leurs effets négatifs. A défaut, les cantons seront confrontés à d'importants problèmes de financement, ce qui aurait des conséquences politiques, fiscales et sociales majeures.

Dans ce contexte, nous proposons donc que la question du financement des prestations complémentaires fédérales soit revue, que ce soit dans le cadre de la réforme PC actuellement discutée aux chambres fédérales ou dans celui d'une refonte globale des mécanismes de financement de la politique suisse de la santé.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Président de la Confédération, à l'assurance de notre parfaite considération.

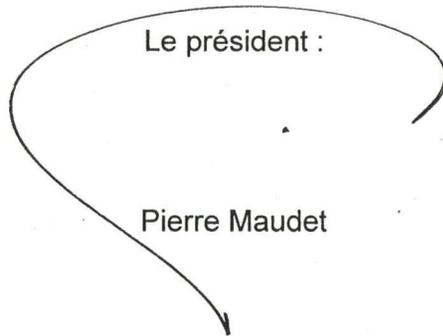
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Pierre Maudet

Copie à : Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne

(via mail : Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch)

Volkswirtschaft und Inneres
Zwinglistrasse 6
8750 Glarus

An das Eidgenössische Departement
des Innern EDI

per E-Mail:
sekretariat.abel@bvs.admin.ch

Glarus, 2. Juli 2018
Unsere Ref: 2018-78

Vernehmlassung i. S. Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern EDI gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

1. Vorbemerkungen

Die Änderung der ELV betrifft folgendes:

- Der Stichtag für die Festsetzung des Bundesanteils an den auszahlenden Ergänzungsleistungen soll vom Datum der Hauptauszahlung im Dezember des Vorjahres auf die Zahl der laufenden Fälle im Mai des Leistungsjahres verschoben werden.
- Die Berechnung und Auszahlung des Bundesanteils der Verwaltungskosten wird den Modalitäten des Bundesanteils der Versicherungsleistungen angepasst.
- Die jährlichen Ergänzungsleistungen (EL) werden zu 5/8 vom Bund und zu 3/8 von den Kantonen getragen (Art. 13 Abs. 1 ELG). Bei in Heimen oder Spitälern lebenden Personen übernimmt der Bund 5/8 der jährlichen EL, soweit die Beträge für den allgemeinen Lebensbedarf nach Art. 10 Abs. 1 lit. a Ziff. 1, für den höchstmöglichen Mietzins nach Art. 10 Abs. 1 lit. b Ziff. 1 und für die anerkannten Ausgaben nach Art. 10 Abs. 3 ELG durch die anrechenbaren Einnahmen nicht gedeckt sind. Die mit dem Heim- oder Spitalaufenthalt in direktem Zusammenhang stehenden Einnahmen werden dabei nicht berücksichtigt. Den Rest tragen die Kantone (Art. 13 Abs. 2 ELG). Die Verwaltungskosten werden im gleichen Verhältnis aufgeteilt (Art. 24 Abs. 1 ELG).

Ein praktisch gleichlautendes Vorhaben (mit Bemessungsmonat April des Laufjahres) hatte der Bund 2016 in seinem Stabilisierungsprogramm 2017-2019 vorgeschlagen. Aufgrund der damals vorliegenden Zahlen wäre zu erwarten gewesen, dass die Änderung zu einer systematischen Lastenverschiebung zu Ungunsten der Kantone geführt hätte. Die im Bericht zum

aktuellen Vernehmlassungsverfahren aufgeführten Zahlen und die zugehörigen Ausführungen ergeben nun ein anderes Bild. Aus Sicht Bund – also über alle Kantone gesehen – dürfte die vorgeschlagene Neuerung tatsächlich eher neutral ausfallen. Für die einzelnen Kantone kann die konkrete Wirkung allerdings unterschiedlich sein.

2. Heutiges Vorgehen

Seit Einführung des neuen Finanzausgleichs auf Bundesebene (NFA) werden per Stichtag der Hauptauszahlung im Dezember des Vorjahres die Ergänzungsleistungsfälle durch die Durchführungsstellen dem BSV gemeldet. Das BSV errechnet aus den eingegangenen Daten den Bundesanteil an den Ergänzungsleistungen und an den Verwaltungskosten für das laufende Leistungsjahr. Dies hat zur Folge, dass regelmässig zahlreiche Anpassungen nicht erfasst sind.

Per 1. Januar erfolgen regelmässig Änderungen der Anrechnungsparameter, wie z.B. allgemeiner Lebensbedarf, anrechenbare Renten, neue Vermögensstände etc. Die ab dem laufenden Jahr ausbezahlten EL entsprechen demzufolge in den meisten Fällen nicht mehr denjenigen des Vorjahres. Die Berechnung des Bundesanteils an den Leistungen und den Verwaltungskosten hinkt dementsprechend immer um ein Jahr hinterher und ist nie auf dem aktuellen Stand.

Eine Eigenart ergibt sich aus der Berechnung des Bundesanteils in Prozent (Art. 39 Abs. 1 ELV) der Ausgaben des Vorjahres. Verändern sich die Fallzahlen und / oder die Ausgaben im Beitrags-jahr gegenüber dem Vorjahr in nennenswertem Ausmass, so fällt der Bundesanteil zu hoch (bei steigenden Fallzahlen und Ausgaben im Kanton) oder zu tief (bei gleichbleibenden Fallzahlen und abnehmenden Ausgaben im Kanton) aus. Dieses Vorgehen erlaubt dem Bund zwar eine vereinfachte Berechnung und Abrechnung seiner Anteile an der EL. Es führt aber je nach Konstellation dazu, dass die Einhaltung von Art. 13 Abs. 1 ELG (Finanzierung der jährlichen Ergänzungsleistungen) nicht mehr sichergestellt ist.

Nach Berechnung des Bundesanteils verfügt das BSV den Bundesanteil an den Leistungen und Verwaltungskosten gegenüber dem Kanton, der darauf die Beiträge direkt erhält. Die Beiträge werden dem Kanton vierteljährlich vorgeschossen. Die Verwaltungskosten werden dem Kanton per 31. Mai, 15. August und 15. November vergütet.

3. Vor- und Nachteile der Änderung

Neu werden die vom BSV benötigten Daten direkt dem EL-Register entnommen, welches von der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) in Genf geführt wird. Die Ausgleichskassen (Durchführungsstellen) werden damit von der Meldung entlastet.

In finanzieller Hinsicht ändert, dass die Anteilsberechnungen des BSV künftig auf aktuellen Daten und nicht mehr aus Daten des Vorjahres erfolgen. Damit sind auch die jeweiligen Anpassungen an die jährlichen Neuerungen wie allgemeiner Lebensbedarf, Renten und Vermögen berücksichtigt. Dies bewirkt im ersten Jahr nach der Einführung der neuen Regelung möglicherweise höhere Beiträge des Bundes. Nach der Umstellung bleiben die Beiträge an den jeweils aktuellen Daten orientiert. Das ändert allerdings nichts daran, dass zum Zeitpunkt der vierteljährlichen Vorschusszahlung zumindest bis zum Vorliegen der definitiven Bundesbeiträge auf grundsätzlich nicht definitive Zahlen abgestellt werden muss.

Dem Zeitpunkt des Meldemonats Mai des laufenden Jahres ist zuzustimmen. Die Ausgleichskasse vermag im Zeitraum von Januar bis Mai jeweils die Änderungen, welche nur teilweise bereits am Ende des Vorjahres feststehen, zu verarbeiten. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die im Mai des laufenden Jahres zur Verfügung stehenden Daten dem aktuellen Stand entsprechen. Vorbehalten bleiben müssen aber jedenfalls im laufenden Jahr durchgeführte Änderungen aufgrund individuell notwendigen Revisionsverfahren oder unterjährigen Gesetzesanpassungen. Mit der Verschiebung des Bemessungsmonats (neu Mai)

ins laufende Jahr, sollten Konstellationen, die – wie oben beschrieben – zu einer Verletzung von Art. 13 Abs. 1 ELG führen, vermieden werden können.

4. Zuständigkeit Kanton

Hinsichtlich der konkreten Zahlen (Beiträge des Bundes an die Kantone, vom Kanton bezahlte Verwaltungskosten etc.) können seitens der Ausgleichskasse keine Angaben gemacht werden. Die Ausgleichskasse rechnet sowohl die ausbezahlten Leistungen als auch die Verwaltungskosten mit dem Kanton ab. Dieser wiederum erhält die Bundesbeiträge direkt, so dass die Ausgleichskasse als Durchführungsstelle über die finanziellen Dimensionen, das entsprechende Prozedere und die formellen Anforderungen keine Stellungnahme abgeben kann.

Wichtig ist allerdings, dass eine allfällige spätere Abrechnung des Bundesbeitrages keine Verzögerungen der Zahlungen seitens des Kantons an die Ausgleichskasse bewirkt, da die Ausgleichskasse laufende Ergänzungsleistungen trotzdem auszurichten hat und Verwaltungskosten anfallen.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Für das Departement


Marianne Lienhard
Landesstatthalter



Sitzung vom

26. Juni 2018

Mitgeteilt den

26. Juni 2018

Protokoll Nr.

511

Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per E-Mail an:

sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

**Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
(Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV) Stellung nehmen zu können.

Die Regierung begrüsst die vorgeschlagene Revision der ELV, weil damit Verzerrungen bei der Berechnung des Bundesanteils an die Existenzsicherung für Personen im Heim reduziert werden können.

In der Folge einige Bemerkungen zu den von der Revision betroffenen Artikeln:

Art. 39 Abs. 2 E-ELV

Mit der geplanten Änderung basieren die Anteilsberechnungen des Bundesamtes für Sozialversicherung künftig auf aktuellen Daten des laufenden Jahres und nicht mehr auf Zahlen des Vorjahres (Dezember). Dies ist aus materieller und finanzieller Sicht zu begrüßen, werden doch so die jährlichen Veränderungen der Berechnungsparameter, z.B. der allgemeine Lebensbedarf oder die Höhe der anrechenbaren Renten, periodengerecht berücksichtigt.

Art. 39 Abs. 3. E-ELV

Diese Verordnungsänderung ist ebenfalls sinnvoll bzw. notwendig. Gemäss Art. 26a führt die Zentrale Ausgleichsstelle neu ein nationales Register der Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen. Dieses wurde per 1. Januar 2018 eingeführt. Neu werden deshalb die vom BSV für die Berechnung der Bundesanteile an die Ergänzungsleistungen und an die Verwaltungskosten benötigten Daten direkt aus dem EL-Register abgezogen. Deshalb sind die Berechnungselemente der Fälle nach Art. 39 Abs. 2 neu der Zentralen Ausgleichsstelle und nicht mehr direkt ans Bundesamt für Sozialversicherung zu melden.

Art. 42b Abs. 2 E-ELV

Es ist folgerichtig, dass auch für die Ermittlung der anteilmässigen Verwaltungskosten künftig die laufenden Fälle des Monats Mai des Leistungsjahres massgebend sind.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne
Envoyé par courriel à:
sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 12 juin 2018

Modification de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (fixation de la part fédérale en pour-cent et du nombre de cas déterminant pour les frais administratifs). Prise de position de la République et Canton du Jura

Madame, Monsieur,

Le Département fédéral de l'Intérieur (DFI) a, par courrier du 28 mars 2018, mis en consultation un projet de modification de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité prévoyant la modification de la date de référence pour fixer la part fédérale en pour-cent et le nombre de cas déterminant pour les frais administratifs et nous a invités à y participer.

Après avoir pris connaissance des documents y relatifs, le Gouvernement n'a pas de remarques particulières à formuler et soutient dès lors la proposition telle que formulée.

Tout en vous priant de prendre bonne note de ce qui précède, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos respectueuses salutations.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA



David Eray
Président



Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État

Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 60 84
gesundheit.soziales@lu.ch
www.lu.ch

per E-Mail

Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Luzern, 5. Juni 2018

**Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-,
Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
(Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden
Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten)
Stellungnahme des Gesundheits- und Sozialdepartements**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. März 2018 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern die Kantone eingeladen, bis am Freitag, 6. Juli 2018 in obgenannter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr.

Mit der vorgeschlagenen neuen Regelung wird in Art. 39, Abs. 2 ELV vorgesehen, dass für die Berechnung des Bundesanteils an den EL-Kosten nicht mehr auf die Hauptauszahlung für den Monat Dezember des Vorjahres abgestellt wird, sondern auf den ganzen Monat Mai des laufenden Jahres. Dadurch wird sichergestellt, dass die massgebenden Prozentsätze für die Bundesanteile für den Kanton vor Ende Jahr rechtskräftig vorliegen. Ebenfalls können die Mehrzahl der Mutationen vor allem bei Heimplatzhöhen bis Ende April verarbeitet werden. Es ist somit davon auszugehen, dass die im Monat Mai des laufenden Jahres ermittelten Daten dem aktuellen Stand entsprechen. Vorbehalten bleiben müssen die im laufenden Jahr durchgeführten Änderungen aufgrund individuell notwendiger Revisionsverfahren oder unterjährigen Gesetzesanpassungen.

Eine Aussage, ob die geplante Verlegung des Stichtages auch eine Veränderung der Kostentragung, insbesondere der prozentualen Beteiligung des Bundesanteils, haben wird, ist kaum möglich. Beispielsweise führte die Einführung eines Stichtages des Vorjahres (mit NFA per 1.1.2008), im Vergleich zu einem Stichtag im laufenden Jahr, dazu, dass der Bund anfänglich höhere Zahlung ausrichtete. Seit 2013 ist jedoch ein gegenteiliger Effekt erkennbar. Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre ist also kein Trend erkennbar. Somit ist eine Aussage, ob die Anpassung für den Bund oder die Kantone einen Vorteil haben wird, nicht möglich. Grundsätzlich kann aber festgehalten werden, dass die Entwicklung der EL aufzeigt, dass die Kostentragung für die Kantone und Gemeinden immer bedeutender wird. Die Kosten pro Person für die Existenzsicherung - an denen sich der Bund beteiligt - verlaufen praktisch linear. Während die Heimkosten der EL, welche von den Kantonen zu tragen sind, erheblich ansteigen.

Fazit:

Die vorgesehenen Anpassungen der ELV begrüßen wir. Insbesondere halten wir es für richtig und zwingend angezeigt, dass die Verwaltungskostenregelung bzw. dass der für die Ermittlung der Fallzahlen (Art. 42b Abs. 2 ELV) massgebende Zeitpunkt ebenfalls ins laufende Jahr verlegt wird.

Abschliessend danken wir Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Guido Graf
Regierungspräsident



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courriel

Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Palais fédéral
3003 Berne

sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Modification de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (fixation de la part fédérale en pour-cent et du nombre de cas déterminant pour les frais administratifs) – procédure de consultation

Monsieur le conseiller fédéral,

Par la présente, nous accusons réception du projet cité en marge, qui a retenu toute notre attention et vous remercions de nous avoir associé à cette procédure de consultation.

Le procédé actuel, qui fonde le ratio de subventionnement sur les données annoncées à l'OFAS par les organes compétents au mois de décembre de l'année précédente, ne donne pas satisfaction. En effet, il provoque des biais en cas de modification des législations cantonales visant à introduire de nouveaux paramètres de calcul, dont l'application est généralement prévue au début d'année.

Par conséquent, le Conseil d'État neuchâtelois soutient la proposition d'utiliser le mois de mai de l'année courante comme date de référence pour le calcul de la subvention fédérale, qui permettra une application plus cohérente du droit.

Nous vous remercions de l'attention qui sera portée à nos remarques et vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 25 juin 2018

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND





CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches Departement des Innern
Herr Bundesrat Alain Berset
Generalsekretariat GS-EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 26. Juni 2018

Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten). Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 28. März 2018 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen, und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten) mit der Bitte, bis zum 6. Juli 2018 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und vernehmen uns wie folgt:

Die Änderung betrifft den Stichtag für die Festsetzung des Bundesanteils an den auszufällenden Ergänzungsleistungen sowie der Verwaltungskosten (Fallpauschale des Bundes). Als Stichtag sollen die laufenden Fälle im Monat Mai des Leistungsjahres gelten.

Ein ähnliches Vorhaben (mit Bemessungsmonat April des Laufjahres) hatte der Bund bereits 2016 im Rahmen des Stabilisierungsprogrammes 2017-2019 vorgeschlagen. Aufgrund der damals vorliegenden Zahlen hätte dies zu einer Lastenverschiebung zu den Kantonen geführt. Die im aktuellen Bericht zur Vernehmlassung aufgeführten Zahlen und die Ausführungen dazu zeigen nun ein anderes Bild. Es ist davon auszugehen, dass die vorgesehene Änderung tatsächlich nur zu einer marginalen Verschiebung führen wird.

Neu werden die vom Bundesamt benötigten Daten direkt dem EL-Register entnommen, welches von der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) in Genf geführt wird. Die Durchführungsstellen werden von der Meldung entlastet.

In finanzieller Hinsicht ist davon auszugehen, dass zum Zeitpunkt der Meldung die jährlichen Neuerungen wie allgemeiner Lebensbedarf, Renten, Vermögen usw. berücksichtigt sind und damit den konkreten Verhältnissen entsprechen. Diese Umstellung auf einen anderen Stichtag wird voraussichtlich zu einmalig etwas höheren Beiträgen von Seiten des Bundes führen. Nach der Umstellung orientieren sich die Beiträge an den jeweils geltenden aktuellen Daten.

Dem Zeitpunkt der Meldung (laufende Fälle Mai des Leistungsjahres) kann zugestimmt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die oben erwähnten Anpassungen (Renten usw.) in der Regel vollständig verarbeitet und die Daten entsprechen somit dem aktuellen Stand.

Zusammenfassend halten wir fest, dass wir die geplante Änderung der ELV unterstützen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Yvonne von Deschwanden
Frau Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

A-Post

Eidgenössisches Departement
des Innern
Bundesamt für Sozialversicherungen
Bereich Leistungen AHV/EV/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

per mail:
Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.3174
Unser Zeichen: cb

Sarnen, 2. Juli 2018

Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. März 2018 haben Sie uns den Entwurf zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 15. Januar 1971 (ELV; SR 831.301) zugestellt und eine Vernehmlassungsfrist bis am 6. Juli 2018 gewährt. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

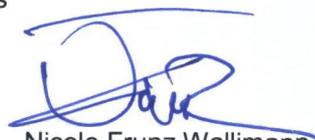
Die vorgesehenen Anpassungen in Bezug auf die Verlegung des Stichtags ins entsprechende Leistungsjahr sind sinnvoll. Damit können die Realitäten für die Aufwendungen der Ergänzungsleistungen noch besser berücksichtigt werden, insbesondere auch die stetig steigenden Fallzahlen zur Berechnung der Vergütung der Verwaltungskosten. Die Verlegung des Stichtags in den Monat Mai wird unterstützt.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats


Maya Büchi-Kaiser
Landammann


Nicole Frunz Wallimann
Landschreiberin



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 26. Juni 2018

Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 28. März 2018 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (SR 831.301; abgekürzt ELV) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung.

Die Anpassung des Stichtags zur Berechnung des Bundesanteils an den jährlichen Ergänzungsleistungen (EL) und der Verwaltungskosten begrüssen wir. Wie ausgeführt, können dadurch Verzerrungen durch allfällige kantonale Gesetzesanpassungen vermieden werden.

Im Namen der Regierung


Stefan Kölliker
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Telefon 052 632 74 61
Fax 052 632 77 51
sekretariat.di@ktsh.ch

Departement des Innern

Bundesamt für Sozialversicherungen
3003 Bern

Per E-Mail an:
Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Schaffhausen, 27. Juni 2018

Vernehmlassung betreffend Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherungen (ELV); Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. März 2018 haben Sie die Kantone zu einer Vernehmlassung in oben erwähnter Angelegenheit eingeladen. Ihre Einladung wurde zuständigkeitshalber an das Departement des Innern weitergeleitet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und lassen uns wie folgt vernehmen:

Wir begrüssen die mittels Änderung der ELV angestrebte Verbesserung der Datenqualität bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen (EL) sowie der Verwaltungskosten. Dabei gehen wir davon aus, dass die im Mai des laufenden Jahres direkt aus dem EL-Register exportierten Daten dem aktuellen Stand entsprechen. Folglich stimmen wir der vorgeschlagenen Verlegung des Meldezeitpunktes zu.

Für die Kenntnisnahme und die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen. Für Rückfragen steht Ihnen Herr Bruno Bischof, Leiter Sozialversicherungsamt, Tel. 052 632 61 49, gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Der Departementsvorsteher



Walter Vogelsanger, Regierungsrat

Kopie z.K.:
– Sozialversicherungsamt

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vor-
sorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

19. Juni 2018

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 28. März 2018 eingeladen, zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten) eine Stellungnahme abzugeben. Gerne lassen wir uns wie folgt vernehmen:

Das vorgeschlagene Abstellen auf einen Stichtag im Leistungsjahr für die Ermittlung der Beiträge der Existenzsicherung und der Anzahl vergütungsberechtigter Fälle halten wir grundsätzlich für plausibel. Die konkreten Auswirkungen sind im Detail zwar nicht abzuschätzen; wir nehmen jedoch an, dass das Beseitigen der aktuellen Verzerrungen bzw. die neue Methode zu realitätsnäheren Ergebnissen führen wird. Vor diesem Hintergrund begrüssen wir die beantragte Verordnungsänderung.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens. Für allfällige Rückfragen steht Ihnen Frau Dr. iur. Claudia Hänzi, Chefin Amt für soziale Sicherheit, claudia.haenzi@ddi.so.ch gerne zur Verfügung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



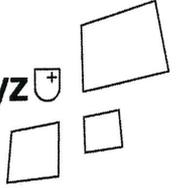
Roland Heim
Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber

VERSENDET AM 03. JULI 2018

Regierungsrat des Kantons Schwyz

kantonschwyz 

6431 Schwyz, Postfach 1260

An das
Eidgenössische Departement
des Innern EDI

per E-Mail an:
Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 26. Juni 2018

**Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 28. März 2018 lädt der Vorsteher des Eidgenössischen Departments des Innern (EDI) die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zum Entwurf einer Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vom 15. Januar 1971 (ELV, SR 831.301) ein. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis 6. Juli 2018.

Wir teilen Ihnen mit, dass wir sämtliche Änderungen in der ELV befürworten. Unsere Kontaktperson ist Andreas Dummermuth (andreas.dummermuth@aksz.ch), Leiter der Ausgleichskasse Schwyz.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates:



Othmar Reichmuth, Landammann



Dr. Mathias E. Brun, Staatschreiber



Kopie z.K. an:

– Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement des Innern
Herr Alain Berset
Bundespräsident
3003 Bern

Frauenfeld, 29. Mai 2018

Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV) - Bestimmung des Bundesanteils in Prozent der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir danken Ihnen für die uns mit Schreiben vom 28. März 2018 gewährte Möglichkeit zur Vernehmlassung in obgenannter Sache.

Die vorgeschlagene Verordnungsänderung erachten wir als sinnvoll; wir stimmen ihr zu.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates


Der Staatschreiber




2726

fr

0

13 giugno 2018

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Ufficio federale delle assicurazioni sociali
Settore prestazioni AVS/IPG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Berna

Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Modifica dell'ordinanza sulle prestazioni complementari all'assicurazione per la vecchiaia, i superstiti e l'invalidità (OPC-AVS/AI); fissazione della quota a carico della Confederazione e del numero di casi determinante per il rimborso delle spese amministrative

Gentili signore,
egregi signori,

vi ringraziamo per averci dato l'opportunità di esprimere la nostra opinione in merito alla summenzionata procedura di consultazione.

Qui di seguito formuliamo le nostre osservazioni.

Dall'introduzione nel 2008 della nuova impostazione della perequazione finanziaria e della ripartizione dei compiti tra Confederazione e Cantoni (Nuova perequazione finanziaria; NPC), la Confederazione partecipa al finanziamento della prestazione complementare all'AVS/AI annua (PC) con sussidi federali, coprendo i 5/8 della spesa per la garanzia del fabbisogno vitale (art. 13 cpv. 1 LPC). Nel caso delle persone che vivono a casa, la garanzia del fabbisogno vitale corrisponde all'intera PC annua, mentre per le persone che vivono in istituto essa ne rappresenta soltanto una parte (art. 13 cpv. 2 LPC): il Cantone è così tenuto ad assumersi la copertura dei costi supplementari di soggiorno in istituto che eccedono il fabbisogno vitale calcolato secondo i parametri previsti dall'art. 10 cpv. 1 lett. a) LPC, sulla scorta del calcolo distintivo con il quale si determina, in pratica, a quanto ammonterebbe la PC annua se la persona che vive in istituto visse a casa. Con la medesima chiave di riparto prevista dall'art. 13 cpv. 1 e 2 LPC, Confederazione assume inoltre una parte delle spese amministrative dovute alla determinazione ed al versamento della PC (art. 24 cpv. 1 LPC).

Per l'attuale art. 39 cpv. 2 OPC, la quota della Confederazione per il sussidio alla spesa legata alla garanzia del fabbisogno vitale è calcolata sulla base del versamento principale del mese di dicembre dell'anno precedente ed è applicata alle

uscite effettive dell'anno successivo risultanti dalla contabilità del Cantone (cioè l'anno di competenza, ovvero quello per il quale sono accordati i sussidi della Confederazione). Allo stesso modo, anche la fissazione del numero di casi determinante per il rimborso delle spese amministrative è basata sul versamento principale del mese di dicembre dell'anno precedente a quello di competenza (art. 42b cpv. 2 OPC).

Con le modifiche dell'OPC poste in consultazione, si prevede che la quota delle spese per le PC a carico della Confederazione (art. 39 cpv. 2 AP-OPC) e la fissazione del numero di casi determinante per il rimborso delle spese amministrative (art. 42b cpv. 2 AP-OPC) vengano calcolate sulla situazione del mese di maggio dell'anno di competenza.

Siamo favorevoli alle modifiche proposte.

Esse non mettono in discussione i principi di finanziamento introdotti con la NPC.

Gli adeguamenti del sistema consentono di limitare (anche se non di eliminare) le possibili distorsioni connesse con il dispositivo attuale, ovvero che la quota a carico della Confederazione e il rimborso alle spese amministrative potrebbe anche non riflettere la situazione dell'anno di competenza (ciò che può verificarsi quando i casi e la spesa variano sensibilmente da un anno all'altro). Il nuovo sistema ha comunque ancora dei limiti, poiché non consente di considerare eventuali oscillazioni del numero dei casi che potrebbero verificarsi successivamente al mese di maggio.

In termini finanziari, secondo il Consiglio federale, le modifiche comporteranno un leggero onere supplementare per la Confederazione e uno sgravio in misura corrispondente per i Cantoni, con però delle differenze fra un Cantone e l'altro. Preso atto che la partecipazione della Confederazione alla spesa per le PC riveste un'importanza notevole per le finanze cantonali, va detto che risulta difficile valutare con precisione quali saranno le ripercussioni finanziarie per il Ticino.

L'adeguamento del sistema di rilevamento dei dati per la fissazione dei sussidi federali per la garanzia del fabbisogno vitale e per la copertura delle spese amministrative non creerà oneri amministrativi supplementari per i Cantoni: in effetti, con il nuovo Registro delle PC – in funzione dal 2018 – è possibile registrare automaticamente le PC versate mensilmente (quindi, anche per il mese di maggio) da ogni singolo Cantone ai suoi beneficiari¹.

Per ulteriori necessità, potete rivolgervi al signor Simone Croci, collaboratore scientifico presso l'Istituto delle assicurazioni sociali (simone.croci@ias.ti.ch; 091 821 91 05).

¹ In precedenza, gli unici dati a disposizione erano quelli che gli organi di esecuzione delle PC comunicavano all'UFAS a fini statistici e che sono riferiti al mese di dicembre dell'anno precedente a quello di competenza.

Vogliate gradire l'espressione della nostra stima.

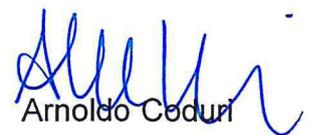
PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Claudio Zali

Il Cancelliere:



Arnaldo Ceduri

Copia:

- Direzione del Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch)
- Istituto delle assicurazioni sociali (sergio.monforfani@ias.ti.ch; anna.rossetti@ias.ti.ch; simone.croci@ias.ti.ch)
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

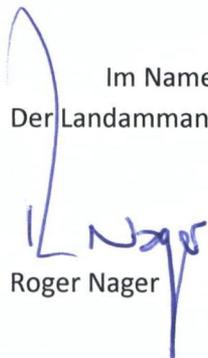
Mit Schreiben vom 28. März 2018 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur vorgesehenen Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV; SR 831.301) Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Wir unterstützen es, dass der Bundesanteil an die jährlichen Ergänzungsleistungen und an die Verwaltungskosten künftig nicht mehr aufgrund von Fallzahlen aus dem Vorjahr (Dezember), sondern aufgrund von Fallzahlen aus dem laufenden Jahr (Mai), für das der Bundesanteil geschuldet ist, berechnet wird. Zu den marginalen Anpassungen in der ELV haben wir keine Bemerkungen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Altdorf, 3. Juli 2018



Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann

Roger Nager

Der Kanzleidirektor

Roman Balli

Par courrier uniquement

sekretariat ABEL@bsv.admin.ch

Réf. : CS/15023944

Lausanne, le 27 juin 2018

Réponse du Conseil d'Etat à la consultation fédérale relative à la modification de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (fixation de la part fédérale en pour-cent et du nombre de cas déterminant pour les frais administratifs)

Mesdames, Messieurs,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie de l'avoir consulté sur l'avant-projet de loi cité en titre.

Après analyse par les services de l'Etat et entités concernés, nous vous communiquons que les modifications proposées n'appellent pas de commentaires particuliers de notre part.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de nos sentiments distingués.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

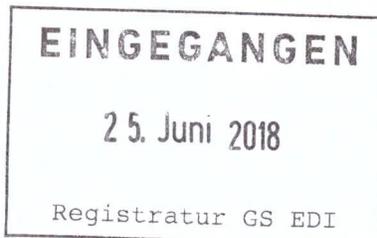
LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copie

- *Parties consultées*



Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Palais fédéral
Inselgasse 1
3003 Berne

Date **20 JUIN 2018**

Modifications de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (fixation de la part fédérale en pourcent et du nombre de cas déterminant pour le remboursement des frais administratifs)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Votre département nous a invités à participer à la procédure de consultation citée en marge. Nous vous en remercions et vous faisons part de notre détermination.

Le Gouvernement du canton du Valais considère que l'utilisation du registre PC comme base pour calculer la part fédérale en pourcent et fixer le nombre de cas déterminant pour le remboursement des frais dus aux cantons est appropriée.

Nous soutenons dès lors vos propositions.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

La présidente

Le chancelier


Esther Waeber-Kalbermatten


Philipp Spörri

Copie à Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Volkswirtschaftsdirektion, Postfach, 6301 Zug

✓ **Nur per E-Mail an:**

Eidgenössisches Departement
des Innern
Bundespräsident Alain Berset

T direkt 041 728 55 01
matthias.michel@zg.ch
Zug, 26. Juni 2018 DICR
VD VDS 6 / 251 - 52140

Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten) – Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset

Mit Schreiben vom 28. März 2018 haben Sie den Kanton Zug eingeladen, zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten) Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die Volkswirtschaftsdirektion mit der direkten Erledigung beauftragt. Unsere Stellungnahme umfasst die Mitberichte der Gesundheitsdirektion, der Direktion des Innern sowie der Ausgleichskasse und IV-Stelle des Kantons Zug.

Vorbemerkung:

Schon im Jahr 2016 schlug der Bund eine ähnliche Anpassung vor, damals jedoch wäre es der Monat April des Laufjahres im Sinne eines Stichtags gewesen. Aufgrund der damals vorliegenden Zahlen wäre zu erwarten gewesen, dass die Änderung zu einer systematischen Lastenverschiebung zu Ungunsten der Kantone geführt hätte. Die im Bericht zum aktuellen Vernehmlassungsverfahren aufgeführten Zahlen und die zugehörigen Ausführungen ergeben nun ein anderes Bild. Aus Sicht des Bundes – also über alle Kantone gesehen – dürfte die vorgeschlagene Neuerung tatsächlich eher neutral ausfallen. Für die einzelnen Kantone kann die konkrete Wirkung allerdings unterschiedlich sein.

Anträge:

1. Wir stimmen der Revision der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV) gemäss Vorentwurf und Erläuterungen vom 28. März 2018 zu.

2. Die geplante Verschiebung des Stichtags auf den Monat Mai im Laufjahr darf durch die spätere Abrechnung des Bundesbeitrages keine Verzögerungen der Zahlungen seitens des Bundes an den Kanton zur Folge haben, da die Ausgleichskasse laufende Ergänzungsleistungen trotzdem ausrichten muss und Verwaltungskosten anfallen.

Begründung:

Heutiges Vorgehen im Vollzug des ELG

Seit Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) auf Bundesebene werden per Stichtag der Hauptauszahlung im Dezember des Vorjahres die Ergänzungsleistungsfälle durch die Durchführungsstellen dem Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) gemeldet. Das BSV errechnet aus den eingegangenen Daten den Bundesanteil an den Ergänzungsleistungen und an den Verwaltungskosten für das laufende Leistungsjahr. Dies hat zur Folge, dass zahlreiche Anpassungen oft noch nicht erfasst sind. Per 1. Januar erfolgen regelmässig Änderungen der Anrechnungsparameter, wie z.B. allgemeiner Lebensbedarf, anrechenbare Renten, neue Vermögensstände etc. Die ab dem laufenden Jahr ausbezahlten EL entsprechen daher in den meisten Fällen nicht mehr denjenigen des Vorjahres. Die Berechnung des Bundesanteils an den Leistungen und den Verwaltungskosten hinkt dementsprechend immer um ein Jahr hinterher und ist nie auf dem aktuellen Stand.

Eine Eigenart stellt die Berechnung des Bundesanteils in Prozenten (Art. 39 Abs. 1 ELV) der Ausgaben des Vorjahres dar. Verändern sich die Fallzahlen und/oder die Ausgaben im Beitragsjahr gegenüber dem Vorjahr in nennenswertem Ausmass, so fällt der Bundesanteil zu hoch (bei steigenden Fallzahlen und Ausgaben im Kanton) oder zu tief (bei gleichbleibenden Fallzahlen und abnehmenden Ausgaben im Kanton) aus. Dieses Vorgehen erlaubt dem Bund zwar eine vereinfachte Berechnung und Abrechnung seiner Anteile an der EL, es führt aber je nach Konstellation dazu, dass die Einhaltung von Art. 13 Abs. 1 ELG (Verhältnis 5:3) nicht mehr sichergestellt ist. Nach Berechnung des Bundesanteils verfügt das BSV den Bundesanteil an Leistungen und Verwaltungskosten gegenüber dem Kanton, welcher als Durchführer der EL auch die Beiträge direkt erhält. Die Beiträge werden dem Kanton vierteljährlich vorgeschossen. Die Verwaltungskosten werden dem Kanton jeweils per 31. Mai, 15. August und 15. November vergütet.

Auswirkungen der Verordnungsänderung:

Neu werden die vom BSV benötigten Daten direkt aus dem EL-Register abgerufen, welches seit 1. Januar 2018 von der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) in Genf geführt wird. Die Durchführungsstellen werden damit von der Meldung entlastet. In finanzieller Hinsicht ändert sich, dass die Anteilsberechnungen des BSV künftig auf aktuellen Daten und nicht mehr auf Daten des Vorjahres beruhen. Damit sind auch die jeweiligen Anpassungen an die jährlichen Neuerungen wie allgemeiner Lebensbedarf, Renten und Vermögen berücksichtigt. Dies bewirkt im ersten Jahr nach der Einführung der neuen Regelung möglicherweise höhere Beiträge des Bundes. Nach der Umstellung bleiben die Beiträge mit den jeweils geltenden aktuellen Daten verknüpft. Es bleibt aber dabei, dass zum Zeitpunkt der vierteljährlichen Vorschusszahlung auf grundsätzlich nicht definitive Zahlen abgestellt werden muss.

Verschiebung des Stichtags:

Der Bestimmung des Monats Mai des laufenden Jahres als Stichtag bzw. -monat stimmen wir zu. Die Ausgleichskasse vermag im Zeitraum von Januar bis Mai jeweils die Änderungen zu verarbeiten. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die im Mai des laufenden Jahres abgerufenen Daten dem aktuellen Stand entsprechen. Vorbehalten bleiben natürlich im laufenden Jahr durchgeführte Änderungen aufgrund individuell notwendigen Revisionsverfahren oder unterjährigen Gesetzesanpassungen. Mit der Verschiebung des Bemessungsmonats ins Laufjahr (konkret Mai), sollten Konstellationen, die – wie oben beschrieben – zu einer Verletzung von Art. 13 Abs. 1 ELG führen, vermieden werden können.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Volkswirtschaftsdirektion



Matthias Michel
Regierungsrat

Kopie (per E-Mail) an:

- Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch
- Gesundheitsdirektion
- Direktion des Innern
- Ausgleichskasse/IV-Stelle des Kantons Zug



Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

13. Juni 2018 (RRB Nr. 540/2018)

Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten; Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir danken Ihnen für die mit Schreiben vom 28. März 2018 eingeräumte Gelegenheit, zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV) Stellung zu nehmen, und äussern uns wie folgt:

Unter Vorbehalt der folgenden Anträge und Bemerkungen begrüssen wir die vorgeschlagene Verordnungsänderung:

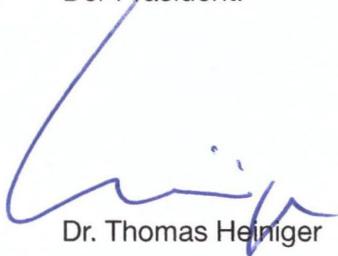
Die Saldozahlung für die Verwaltungskosten (Art. 42c Abs. 3 VE ELV) soll wie bisher jeweils im laufenden Jahr und nicht wie vorgeschlagen bis Mitte Januar des Folgejahres geleistet werden. Zum einen müssen die für die Berechnung massgebenden Daten von den Kantonen bis 10. Juni gemeldet werden. Zum anderen wird im erläuternden Bericht darauf hingewiesen, dass die Saldozahlung schon früher erfolgen könne. Aus diesen Gründen beantragen wir die verbindliche Festsetzung eines früheren Zeitpunktes. Dies würde es dem Kanton und den Gemeinden ermöglichen, die Verwaltungskosten in der laufenden Rechnung zu berücksichtigen.

Bei der Verwaltungskostenentschädigung weisen wir ausserdem darauf hin, dass die Ansätze für die Fallpauschalen letztmals 2006 überprüft worden sind. Wir beantragen deshalb, die Höhe der Fallpauschalen bei dieser Gelegenheit zu überprüfen und den heutigen Gegebenheiten (z. B. der Lohnentwicklung) anzupassen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:


Dr. Thomas Heiniger

Die Staatsschreiberin:


Dr. Kathrin Arioli



Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Berne, 3 juillet / nb
VL PC

Par Mail : Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Modification de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (fixation de la part fédérale en pour-cent et du nombre de cas déterminant pour les frais administratifs)

Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

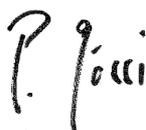
PLR.Les Libéraux-Radicaux accepte cette proposition de modification de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité. Il est raisonnable de désormais retenir comme référence une date de l'année où les prestations sont dues et non plus le mois de décembre de l'année précédente. Des distorsions dans la comptabilité des cantons pourront ainsi être évitées. Les coûts de cette adaptation, estimés par le Conseil fédéral à moins d'un million de francs, se maintiennent dans des limites raisonnables; ceci d'autant plus que cette simplification comptable permettra aux cantons de réaliser des économies.

Cela étant, la part des coûts des prestations complémentaires assumée par la Confédération ne doit en aucun cas augmenter suite à ce changement de système. Si une telle augmentation devait être constatée, la quote-part de la Confédération devrait être revue à la baisse. Les réalités locales doivent rester déterminantes pour le versement de ces prestations. Les cantons doivent donc continuer d'assumer une part majeure de ces coûts.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

Le Secrétaire général



Petra Gössi
Conseillère nationale



Samuel Lanz



Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Berne, le 5 juin 2018

**Modification de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (OPC-AVS/AI)
Procédure de consultation**

Monsieur le Président de la Confédération,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant le projet de modification de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (OPC-AVS/AI) et de nous avoir transmis les documents y afférents.

Dans le régime actuel, la Confédération participe aux dépenses des PC servant à couvrir le minimum vital au sens strict. Elle prend en charge cinq huitième des desdites dépenses. Pour les pensionnaires des EMS, la Confédération ne prend pas en charge la part qui dépasse la couverture du minimum vital à domicile ; celle-ci est entièrement à la charge des cantons. Pour calculer les dépenses prises en charge par la Confédération, une part en pour-cent est calculée sur la base d'une date de référence avant d'être appliquée aux dépenses effectives des cantons telles qu'elles apparaissent dans leur comptabilité. Dans la réglementation actuelle, le mois de décembre de l'année précédente est pris comme référence. Le Conseil fédéral propose désormais de se baser sur une date de l'année en cours afin de prévenir certaines distorsions qui peuvent se produire lorsque les cantons modifient leur législation pour l'année suivante. Ainsi, le Conseil fédéral souhaite retenir le mois de mai de l'année courante pour procéder au calcul de la part fédérale. Le mois de mai devrait également être déterminant pour fixer le remboursement des frais administratifs par la Confédération. Ces modifications n'appellent pas de remarques particulières de la part du Parti socialiste suisse (PS), qui apporte son soutien aux nouvelles dispositions.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président de la Confédération, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

**Parti socialiste
Suisse**

Theaterplatz 4
Case postale · 3001 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch



Parti socialiste
suisse

Christian Levrat
Président

Jacques Tissot
Secrétaire politique



Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per Mail: Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bern, 28. Juni 2018

Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV) (Bestimmung des Bundesanteils in Prozent und der massgebenden Anzahl Fälle für die Verwaltungskosten), Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Änderung der EL-Verordnung Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderung soll der Stichtag für die Berechnung des Bundesanteils an den jährlichen Ergänzungsleistungen und für die massgebende Fallzahl zur Festsetzung der Verwaltungskosten vom Dezember des Vorjahres auf den Mai des laufenden Jahres verschoben werden. Damit kann verhindert werden, dass es zu Verzerrungen bei der Ermittlung der Bundesanteile kommt. Der Städteverband stimmt der vorgeschlagenen Änderung deshalb zu.

Die Verlegung des Stichtags wird – wie im erläuternden Bericht darlegt – vermutlich geringe finanzielle Auswirkungen haben: Es wird Jahre geben, in welchen diese zu einer geringen Mehrbelastung des Bundes einerseits und zu einer entsprechenden Entlastung der Kantone und Kommunen andererseits führt, und umgekehrt.

In technischer Hinsicht wird die Verlegung Anpassungen bei den EL-Durchführungsstellen erfordern, die wir als vertretbar erachten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.



Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband

Eidg. Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufl. Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bern, 4. Juli 2018

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der SGB stimmt den vorgeschlagenen Änderungen der ELV vollumfänglich zu.

Es erscheint uns sinnvoll, die Kostenausscheidung für Heimaufenthalte weiterhin stichtagbezogen durchzuführen und dafür einen Stichtag im Leistungsjahr anzuwenden. Dass sich daraus auch die Fallzahlen für die Bemessung der vergüteten Verwaltungskosten ableiten müssen, ist nur konsequent.

Wir möchten es an dieser Stelle allerdings nicht verpassen, auf grundlegendere Probleme hinzuweisen: Der hauptsächliche Beweggrund dieser vorgeschlagenen Verordnungsänderung – die möglichen Verzerrungen bei einer aufgrund kantonaler Gesetzesanpassungen herbeigeführten Änderung der Relation zwischen der Existenzsicherung und den heimbedingten Mehrkosten – ist Ausdruck der tiefgreifenden Missstände im föderalen System der Pflegefinanzierung, insbesondere bei den kantonal stark divergierenden Regelungen zur Restfinanzierung. Die grundlegenden Probleme der Pflegefinanzierung, wie die stets zunehmende Belastung der Versicherten, müssen nach Vorliegen der Evaluation zur Neuen Pflegefinanzierung unbedingt angegangen werden.

Wir danken herzlich für die Zusammenarbeit sowie die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Reto Wyss
Zentralsekretär

Monsieur le Conseiller fédéral
Alain **Berset**
Chef du Département fédéral
de l'intérieur DFI
Inselgasse 1

3003 Berne

Paudex, le 12 juin 2018
AM/ir

Modification de l'ordonnance sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (fixation de la part fédérale en pour-cent et du nombre de cas déterminant pour les frais administratifs)

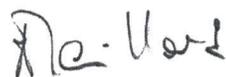
Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons examiné l'objet cité en titre et vous communiquons notre adhésion au projet mis en consultation.

Les distorsions observées actuellement seront assurément réduites si l'on prend comme référence non plus une date de l'année précédente, mais une date de l'année en cours pour calculer la part fédérale en pour-cent due pour la couverture du montant relatif aux besoins vitaux et aux frais administratifs.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à ces lignes et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Centre Patronal



Alain Maillard



Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3003 Bern
Per Email an:
Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bern, 20. Juni 2018

**Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV) – Bestimmung des Bundesanteils in Prozent
Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem erläuternden Bericht für das Vernehmlassungsverfahren vom 28. März 2018 lädt das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) die interessierten Stellen ein, sich zur vorgesehenen Änderung der ELV zu äussern.

Die Änderung der ELV betrifft folgendes:

- Der Stichtag für die Festsetzung des Bundesanteils an den auszahlenden Ergänzungsleistungen soll vom Datum der Hauptauszahlung im Dezember des Vorjahres auf die Zahl der laufenden Fälle im Mai des Leistungsjahres verschoben werden.
- Die Berechnung und Auszahlung des Bundesanteils der Verwaltungskosten wird den Modalitäten des Bundesanteils der Versicherungsleistungen angepasst.

Die jährlichen Ergänzungsleistungen (EL) werden zu 5/8 vom Bund und zu 3/8 von den Kantonen getragen (Art. 13 Abs. 1 ELG). Bei in Heimen oder Spitälern lebenden Personen übernimmt der Bund 5/8 der jährlichen EL, soweit die Beträge für den allgemeinen Lebensbedarf nach Art. 10 Abs. 1 lit. a Ziff. 1, für den höchstmöglichen Mietzins nach Art. 10 Abs. 1 lit. b Ziff. 1 und für die anerkannten Ausgaben nach Art. 10 Abs. 3 ELG durch die anrechenbaren Einnahmen nicht gedeckt sind. Die mit dem Heim- oder Spitalaufenthalt in direktem Zusammenhang stehenden Einnahmen werden dabei nicht berücksichtigt. Den Rest tragen die Kantone (Art. 13 Abs. 2 ELG). Die Verwaltungskosten werden im gleichen Verhältnis aufgeteilt (Art. 24 Abs. 1 ELG).

Ein praktisch gleichlautendes Vorhaben (mit Bemessungsmonat April des Laufjahres) hatte der Bund 2016 in seinem Stabilisierungsprogramm 2017-2019 vorgeschlagen. Aufgrund der damals vorliegenden Zahlen wäre zu erwarten gewesen, dass die Änderung zu einer systematischen Lastenverschiebung zu Ungunsten der Kantone geführt hätte. Die im Bericht zum aktuellen Vernehmlassungsverfahren aufgeführten Zahlen und die zugehörigen Ausführungen ergeben nun ein anderes Bild. Aus Sicht Bund – also über alle Kantone gesehen – dürfte die vorgeschlagene Neuerung tatsächlich eher neutral ausfallen. Für die einzelnen Kantone kann die konkrete Wirkung allerdings unterschiedlich sein.

I. Heutiges Vorgehen

Seit Einführung des neuen Finanzausgleichs auf Bundesebene (NFA) werden per Stichtag der Hauptauszahlung im Dezember des Vorjahres die Ergänzungsleistungsfälle durch die Durchführungsstellen dem BSV gemeldet. Das BSV errechnete aus den eingegangenen Daten den Bundesanteil an den Ergänzungsleistungen und an den Verwaltungskosten für das laufende Leistungsjahr.

Dies hat zur Folge, dass regelmässig zahlreiche Anpassungen nicht erfasst sind. Per 1. Januar erfolgen regelmässig Änderungen der Anrechnungsparameter, wie z.B. allgemeiner Lebensbedarf, anrechenbare Renten, neue Vermögensstände etc. Die ab dem laufenden Jahr ausbezahlten EL entsprechen demzufolge in den meisten Fällen nicht mehr denjenigen des Vorjahres. Die Berechnung des Bundesanteils an den Leistungen und den Verwaltungskosten hinkt dementsprechend immer um ein Jahr hinterher und sind nie auf dem aktuellen Stand.

Eine Eigenart ergibt sich aus der Berechnung des Bundesanteils in Prozent (ELV Art. 39 Abs. 1) der Ausgaben des Vorjahres dar. Verändern sich die Fallzahlen und / oder die Ausgaben im Beitragsjahr gegen über dem Vorjahr im nennenswertem Ausmass, so fällt der Bundesanteil zu hoch (bei steigenden Fallzahlen und Ausgaben im Kanton) oder zu tief (bei gleichbleibenden Fallzahlen und abnehmenden Ausgaben im Kanton) aus. Dieses Vorgehen erlaubt dem Bund zwar eine vereinfachte Berechnung und Abrechnung seiner Anteile an der EL. Es führt aber je nach Konstellation dazu, dass die Einhaltung von ELG Art. 13 Abs. 1 nicht mehr sichergestellt ist. Nach Berechnung des Bundesanteils verfügt das BSV den Bundesanteil an Leistungen und Verwaltungskosten gegenüber dem Kanton, welcher als Durchführer der Ergänzungsleistungen auch die Beiträge direkt erhält. Die Beiträge werden dem Kanton vierteljährlich vorgeschossen. Die Verwaltungskosten werden dem Kanton per 31. Mai, 15. August und 15. November vergütet.

II. Vor- und Nachteile der vorgeschlagenen Änderung

Neu werden die vom BSV benötigten Daten direkt aus dem EL-Register abgezogen, welches von der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) in Genf geführt wird. Die Durchführungsstellen werden damit von der Meldung entlastet.

Aus finanzieller Hinsicht ändert, dass die Anteilsberechnungen des BSV künftig auf aktuellen Daten und nicht mehr aus Daten des Vorjahres erfolgen. Damit sind auch die jeweiligen Anpassungen an die jährlichen Neuerungen wie allgemeiner Lebensbedarf, Renten und Vermögen berücksichtigt. Dies bewirkt im ersten Jahr nach der Einführung der neuen Regelung möglicherweise höhere Beiträge des Bundes. Nach der Umstellung bleiben die Beiträge an den jeweils geltenden aktuellen Daten orientiert. Das ändert allerdings nichts daran, dass zum Zeitpunkt der vierteljährlichen Vorschusszahlung zumindest bis zum Vorliegen der definitiven Bundesbeiträge auf grundsätzlich nicht definitive Zahlen abgestellt werden muss.

Dem Zeitpunkt des Meldemonats Mai des laufenden Jahres ist zuzustimmen. Die Ausgleichskasse vermag im Zeitraum von Januar bis Mai jeweils die Änderungen, welche nur teilweise bereits Ende des Vorjahres feststehen, zu verarbeiten. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die im Mai des laufenden Jahres abgezogenen Daten dem aktuellen Stand entsprechen. Vorbehalten bleiben müssen aber jedenfalls im laufenden Jahr durchgeführte Änderungen aufgrund individuell notwendigen Revisionsverfahren oder unterjährigen Gesetzesanpassungen.

Mit der Verschiebung des Bemessungsmonats (neu Mai) ins Laufjahr, sollten Konstellationen, die – wie oben beschrieben – zu einer Verletzung von ELG Art. 13 Abs. 1 führen, vermieden werden können.

III. Auswirkungen auf die Kantone

Hinsichtlich der konkreten Zahlen (Beiträge des Bundes an die Kantone, vom Kanton bezahlte Verwaltungskosten etc.) können seitens der Ausgleichskassen keine Angaben gemacht werden. Die Ausgleichskassen rechnen sowohl die ausbezahlten Leistungen als auch die Verwaltungskosten mit dem Kanton ab. Dieser wiederum erhält die Bundesbeiträge direkt, so dass die Ausgleichskassen als Durchführungsstellen über die finanziellen Dimensionen, das entsprechende Prozedere und die formellen Anforderungen keine Stellungnahme abgeben können.

Wichtig ist allerdings, dass eine allfällige spätere Abrechnung des Bundesbeitrages keine Verzögerungen der Zahlungen seitens des Kantons an die kantonale EL-Durchführungsstelle bewirkt, da die EL-Durchführungsstelle laufende Ergänzungsleistungen trotzdem auszurichten hat und Verwaltungskosten anfallen.

IV. Antrag

Der Revision der ELV gemäss Vorentwurf und Erläuterungen vom 28. März 2018 ist zuzustimmen.

Freundliche Grüsse

Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen



Andreas Dummermuth
Präsident

Einsiedeln, den 02. Mai 2018

An das Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV//EO/EL
Effingerstr.20
3003 Bern

Vernehmlassung des Schweizerischen Verbandes für Seniorenfragen (SVS), zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Bestimmung des Bundesanteils)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 28.März 2018 und die uns gewährte Gelegenheit zur Vernehmlassung bezüglich der vorgesehenen Änderung der VO über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV.

Die Fragen um die Ergänzungsleistungen sind für unseren Verband von sehr grosser Bedeutung, da bekanntlich ca. 30 Prozent der Rentner in der Schweiz im Alter nur von den Renten der AHV allenfalls, meist mit Ergänzungsleistungen und Hilflosenentschädigungen auskommen müssen.

Von der geplanten Verordnungsänderung zur Bestimmung des Bundesanteils an den Ergänzungsleistungen ist dieser grösstenteils vulnerable Bevölkerungsteil nicht direkt betroffen.

Die vorgesehene Verlegung des massgebenden Stichtages zur Festlegung des Bundesanteils an den Ergänzungsleistungen ist gemäss den Erläuterungen im Bericht angebracht und wird von unserem vom Schweizerischen Verband für Seniorenfragen (SVS) unterstützt.

Art. 39 Abs.2 und 3:

Sowohl dem Mai als massgebender Monat für die Festlegung des Bundesanteils, wie dem Meldetermin 10. Juni für die Berechnungselemente stimmt der SVS zu.

Art. 42 b Abs. 2:

Zustimmung des SVS



Schweizerischer Verband für Seniorenfragen
Association Suisse des Aînés (ASA)
Associazione Svizzera degli Anziani (ASA)

Art. 42c Abs 2 und 3:

Dem Verfahren für die Vorschussvergütung (80 % auf der Basis der Fallzahlen des Vorjahres) wie dem Termin der Saldozahlung Mitte Januar des Folgejahres stimmt der SVS zu.

Wir hoffen, Ihnen mit dieser Antwort dienen zu können und stehen Ihnen bei Bedarf gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Verband für Seniorenfragen

Karl Vögeli
Präsident

Fabienne Bachmann
Vizepräsidentin